

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Winterabschiebestopp für besonders schutzbedürftige Personen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, einen sofortigen generellen Winterabschiebestopp für besonders schutzbedürftige Personen zu erlassen. Diese Regelung gilt bis einschließlich 31. März 2013 sowie jeden folgenden Winter vom 1. November eines Jahres bis einschließlich 31. März des Folgejahres. Angehörige diskriminierter Minderheiten wie Roma, Ashkali, Ägypter und Goranen in den Balkanstaaten sowie in anderen Regionen mit entsprechend problematischen Witterungs- und Unterkunftsbedingungen bedürfen des besonderen Schutzes. Auch für besonders schutzbedürftige Personen gemäß Art. 17 der EU-Aufnahmerichtlinie müssen die Wintermonate als Abschiebehindernis gelten.

Begründung

In den letzten Jahren fanden in den Wintermonaten keine Abschiebungen besonders schutzbedürftiger Minderheiten durch die Berliner Ausländerbehörde statt. In der Vorweihnachtszeit 2012 hat sie jedoch acht serbische Flüchtlinge nach Belgrad abgeschoben. Dies stellt eine unzumutbare Härte dar. Denn für Angehörige von schutzbedürftigen Minderheiten wie Roma, Ashkali, Ägypter und Goranen stellt sich die Situation in den Balkanstaaten besonders schwierig dar. Diesen Menschen wird in ihren Herkunftsländern zum Teil systematisch der Zugang zu Wohnraum, Schulbildung und Krankenversorgung oder auch die Registrierung als Arbeitsuchende verwehrt. Dies ergibt sich unter anderem aus den Lageberichten des *Auswärtigen Amtes*, den Entscheiderbriefen des *Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge* und Berichten des *Europarats* sowie Berichten von Organisationen wie *amnesty international* und

Human Rights Watch. Deshalb ist aus Sicht der Antragsteller die Abschiebung von Personen der genannten Gruppen grundsätzlich infrage zu stellen. Ein erster Schritt zur Vermeidung von Härten wäre ein Winterabschiebestopp. Im Winter verschärft sich die Lebenssituation schutzbedürftiger Minderheiten dramatisch. So führt zum Beispiel die Diskriminierung von Roma, Ashkali, Ägyptern und Goranen in Serbien, Mazedonien und im Kosovo dazu, dass viele Betroffene in kaum beheizbaren Behelfssiedlungen leben müssen und ihnen Obdachlosigkeit droht.

In Deutschland haben die Bundesländer Schleswig-Holstein, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Bremen einen Winterabschiebestopp für diese Gruppen erlassen und ihre Ausländerbehörden angewiesen, besonders schutzbedürftige Flüchtlinge während des gesamten Winters 2012/2013 nicht abzuschicken. Berlin sollte dem folgen und die Regelung verstetigen.

Berlin, den 15. Januar 2013

Reinhardt Höfinghoff Herberg
und die übrigen Mitglieder der Piratenfraktion

Wolf Taş
und die übrigen Mitglieder der Fraktion Die Linke

Pop Kapek Bayram
und die übrigen Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen